

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/168

Bonn, den 4. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Paris - Bonn - Europa ----- Zum deutsch-französischen Treffen in Bonn	58
3	Ein erschreckendes Beispiel ----- Kooperation zwischen CDU und NPD im Kieler Landtag	45
4	Spanien forciert Ostblock-Annäherung ----- Roger Kulturaustausch - Einrichtungen für die Sowjetflotte - Osthandel wächst Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	48

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Forderungen an den 6. Bundestag

Annemarie Renger:

Chancengleichheit für alle Schulpflichtigen - Soziale Sicherheit
für Hausfrauen und Mütter - Aufstiegschancen für die Frau im Beruf

Arbeitsmediziner fehlen in den Betrieben!

Warum sollen wir wählen?

Koblenzer Hausfrauen diskutieren mit Politikern

Paris - Bonn - Europa

Zum deutsch-französischen Treffen in Bonn

G.M. - Die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Treffens zu Beginn der kommenden Woche liegt darin begründet, daß der neue französische Staatspräsident Georges Pompidou und die Mitglieder seiner Regierung hier in Bonn, gemeinsam mit den Verantwortlichen der deutschen Politik, ausloten können, ob die europäische Entwicklung in ein freieres Fahrwasser geleitet werden kann.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat hierfür - trotz des bereits auf vollen Touren laufenden Wahlkampfes in der Bundesrepublik - gute Vorarbeit geleistet. Seine Gespräche in Rom und in Brüssel sind die Stationen zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit, die prinzipiell von allen Mitgliedern der EWG gewünscht wird.

Es ist klar, daß bei den deutsch-französischen Gesprächen in Bonn die Erweiterung der EWG ein Thema von zentraler Bedeutung sein wird. Die Gäste aus Paris werden erkennen müssen, daß es in dieser Frage in der deutschen Politik und in der Politik der anderen EWG-Mitglieder keine Alternative gibt. Man darf wohl von der Voraussetzung ausgehen, daß dies in Paris heute erkannt wird. Die Frage ist jedoch offen, welche Konsequenzen man in Paris aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

Ein weiteres wichtiges Thema der Bonner Besprechungen dürfte der innere Ausbau der EWG sein. Dabei geht es um die Überlegung, ob die Problematik der Endphase zu einer stärkeren Einheit bis zum 1. Januar 1970 lösbar ist und ob bis dahin auch eine europäische Agrarpolitik fixiert werden kann, wie Paris es wünscht. - Selbstverständlich werden in diesem Zusammenhang auch jene Fragen erörtert werden müssen, die sich für alle europäischen Partner nach der Abwertung des Franc stellen.

Sowohl in Paris als auch in den übrigen Hauptstädten der Gemeinschaft wünscht man Klarheit darüber, wie die weitere Entwicklung Europas aussehen könnte. Die Bundesregierung hat sich positiv zu der französischen Anregung ausgesprochen, möglichst bald eine europäische

Gipfelkonferenz der sechs EWG-Mitglieder einzuberufen. Aber gerade wenn sich das Europa der Sechs anschießt, diese Vorstellungen zu formulieren, ist die Überlegung angebracht, ob eine solche Gipfelkonferenz nicht gleich in einem größeren Rahmen - etwa anstatt mit sechs mit sieben Partnern - durchgeführt werden könnte.

Ohne Zweifel wird man zu Beginn der kommenden Woche gerade in den Hauptstädten der beitriftswilligen europäischen Länder mit größter Aufmerksamkeit nach Bonn blicken und mit Spannung erwarten, welche Entscheidung die deutsch-französischen Gesprächspartner hier treffen können.

Bleibt festzustellen, daß sich das gute deutsch-französische Verhältnis nicht durch den Regierungswechsel in Paris geändert hat. Auch der Wahlkampf in der Bundesrepublik stört nicht die gute deutsch-französische Zusammenarbeit; einfach deswegen nicht, weil es zwischen den großen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über den einschlagenden Weg in Europa gibt.

Das Verständnis der demokratischer Parteien in der Bundesrepublik für eine fortschrittliche Europapolitik ist und bleibt die solide Basis für die weitere deutsch-französische Zusammenarbeit. Hierbei darf davon ausgegangen werden, daß Frankreichs Politik gegenüber Osteuropa von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sicher besser verstanden wird, als von anderen politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik.

Die Feststellung dieses Tatbestandes erlaubt die Schlußfolgerung, daß auch in dieser Beziehung für die Zukunft eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland erwartet werden kann.

+ +

Ein erschreckendes Beispiel

Kooperation zwischen CDU und NPD im Kieler Landtag

sp - Wie es im neuen deutschen Bundestag zugehen könnte, wenn CDU/CSU wieder maßgebende Regierungspartei wird und daneben auf dem rechten Flügel die Leute von der NPD Platz genommen haben, kann an einem Beispiel aus dem schleswig-holsteinischen Landtag mehr als eindringlich erläutert werden. Es ist möglich, daß die Unionspolitiker jetzt in den Landen vor der Wahl verkünden, eine Zusammenarbeit mit der NPD käme unter gar keinen Umständen in Frage. Im Landtag an der Kieler Förde ist diese Kooperation bereits so weit gediehen, daß sie den lauten Protest aller Demokraten in der Bundesrepublik hervorrufen sollte.

In Schleswig-Holstein steht die Gebietsreform, die Verminderung der Landkreise, als zwingende Notwendigkeit auf dem Gesetzgebungsprogramm. Es gibt 17 Landkreise und vier große Städte. Die Sozialdemokraten haben sich für fünf Gebietsregionen und als äußerste Kompromißschwelle für acht Landkreise stark gemacht. Sie sind in der Opposition. Die CDU als Hauptregierungspartei will allenfalls auf 12 Kreise heruntergehen und ist zudem in sich zerstritten, weil Landräte und Kreispräsidenten in ihrer Fraktion soweit nicht nachgeben wollen. Die Freien Demokraten als kleiner Regierungspartner neigen in dieser Angelegenheit zur Modernität, zu höchstens zehn Kreisen.

Da meldeten sich die Männer von rechtsaußen, von der NPD, zu Wort. Sie wünschten wie die CDU möglichst wenig Gebietsreform, weiterhin möglichst viel Landkreise. Bei der Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses kam es zum Schwur. CDU und NPD setzten es leider mit Unterstützung der FDP durch, daß ein 17er-Ausschuß gebildet wurde. Nach d'Hondt ist die CDU im Bunde mit der NPD mit neun Sitzen in der Mehrzahl. Die konservative Front ist in der Lage, die moderne Gebietsreform von Schleswig-Holstein zu verhindern. Die SPD hat in dem Ausschuß sieben Sitze und die FDP einen; sie sind in der Minderzahl.

Aber davon abgesehen hat es die SPD aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, in einen Ausschuß zu gehen, in dem die NPD Stimmgewicht für eine lebenswichtige Frage Schleswig-Holsteins hat. Mit Recht erklärte die SPD-Fraktion im Kieler Landtag: "Die Sozialdemokraten wehren sich entschieden dagegen, daß aus Gründen der Abstimmungsarithmetik die neonazistische NPD zum Zünglein an der Waage gemacht wird." Nach dem Willen der Sozialdemokraten soll die Angelegenheit in einem Dreizehnerausschuß, dem Innenausschuß, behandelt werden, wo die NPD keinen Sitz hat und die CDU ihrem kleinen Koalitionspartner FDP einen Sitz abtritt.

Alle Erklärungen der Unionspolitiker im jetzigen Bundestagswahlkampf, es gebe keine Zusammenarbeit mit der NPD, sind unkorrekt. Im Landtag in Kiel praktizieren CDU und NPD nun schon seit einigen Monaten in dem höchst wichtigen Ausschuß zur Gebietsreform die gemeinsame Linie.

+ + +

Spanien forciert Ostblock-Annäherung

Regier Kulturaustausch - Einrichtungen für die Sowjetflotte -
Osthandel wächst

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Zielstrebig verfolgt das amtliche Madrid die seit zwei Jahren eingeschlagene Politik der vorsichtigen Annäherung an den Ostblock. Beziehungen zu Rumänien und Polen sowie ein Schifffahrtsvertrag mit der Sowjetunion waren die ersten Marksteine. Jetzt gab die spanische Regierung grünes Licht für einen regeren Handels- und Kulturaustausch mit den kommunistischen Ländern - im Vordergrund der spanischen Bemühungen stehen die Sowjetunion, Polen und vor allem Jugoslawien, ein Land, das lange Zeit in Madrid als "superkommunistisch" und deshalb als besonders ablehnenswert betrachtet wurde.

Bonn gilt in Madrid als das große Vorbild in der Ostpolitik. Obwohl die spanische Regierung in ihrem ideologischen Standort siriusweit entfernt ist von den bundesdeutschen Sozialdemokraten, in Madrider Sicht die Träger der neuen Bonner Ostpolitik, wird keine Gelegenheit versäumt, um die von Bonn eingeschlagenen Wege mitzugehen.

So überließ jetzt Spanien seinen brandneuen Fischereihafen auf Teneriffa der sowjetischen Atlantik-Fischereiflotte (200 Fahrzeuge) als Standort. Damit verfügen die Russen erstmals außerhalb ihres engeren Machtbereichs über Stützpunkte für ihre Fangflotte - sinnigerweise liegt ihr erster ausländischer Fischereihafen in Havanna auf der spanischsprachigen Zuckerinsel Kuba.

Neben einem intensiveren Handelsverkehr mit der Sowjetunion, die an Spanien auch Erdöl in größeren Mengen liefert, schloß Spanien einen Exportvertrag mit Jugoslawien ab. Demnächst sollen 600 in Spanien hergestellte Renault-Personenautos nach Jugoslawien exportiert werden; im kommenden Herbst werden 150 jugoslawische Hoteliers in Barcelona erwartet, um an der spanischen Tourismus- und Möbelausstellung "Hogarotel" teilzunehmen und überdies die Techniken des spanischen Fremdenverkehrsgewerbes eingehend zu studieren.

Im wachsenden Kulturaustausch zwischen Spanien und dem Ostblock sind Namen wieder Nachrichten. Prominente Sängerinnen und Schauspielerinnen wie Antonita Morena und Teresa Gimpera ("Lady Europa 1969") wurden für Gastspielreisen in die Sowjetunion verpflichtet, auch 1969 waren die spanischen Schlagersänger auf dem polnischen Festival von Zoppot wieder erfolgreich, der Austausch von Fernsehfilmen wächst von Jahr zu Jahr.

Noch 1960 beliefen sich Spaniens Einfuhren aus dem Ostblock auf 8,4 Millionen Dollar, die Ausfuhren auf 13,3 Millionen Dollar. Für 1969 wird der Warenverkehr in beiden Richtungen auf wenigstens je 50 Millionen Dollar geschätzt bei steigender Tendenz. Dabei ist ein gewisser Umschwung festzustellen: Belieferten anfangs Spanien und die kommunistischen Länder einander fast ausschließlich mit Rohstoffen, so verlagert sich der Schwerpunkt des spanischen Osthandels immer mehr auf Fertigwaren der Industrie, Maschinen, veredelte Lebensmittel und Konsumgüter des gehobenen Bedarfs. Für die allernächste Zeit werden in Madrid weitere Abkommen erwartet, die Spanien und verschiedene Länder Osteuropas in die unmittelbare Nähe voller diplomatischer Beziehungen bringen sollen.

Diese Normalisierung wird sich innenpolitisch nicht auswirken; an eine Duldung kommunistischer Organisationen denkt die Madrider Regierung auf keinen Fall.